

Amt: 6	Nr. der Zeitung: 261	Datum der Zeitung: 09. 11. 12
<b>A U S S C H N I T T D I E N S T</b>		
<input checked="" type="checkbox"/> Siegener Zeitung	<input type="checkbox"/> Westfalenpost	<input type="checkbox"/> Westfälische Rundschau
		<input type="checkbox"/> Hinterländer Anzeiger

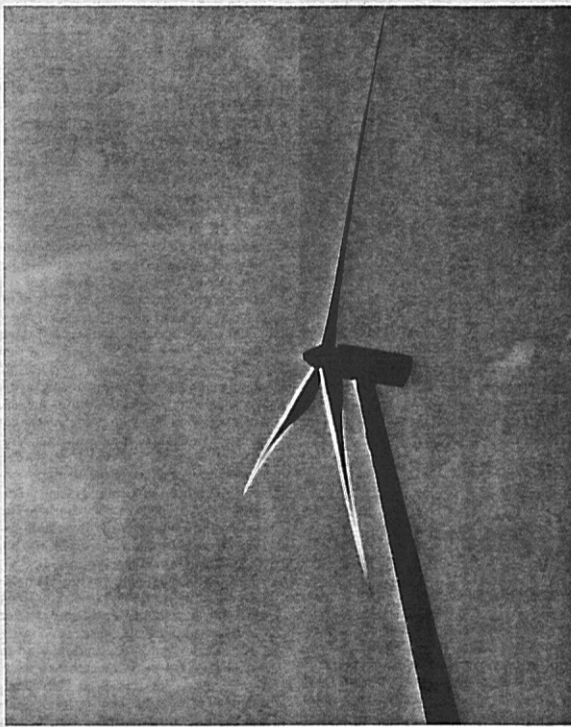
## Jetzt gibt es ja doch noch Vorrangzonen

**BAD LAASPHE** Rat stimmte gestern Abend ebenso gegen die Verwaltungsvorlage wie der Bürgermeister selbst / Trotzdem ist der Drops gelutscht

howe ■ Eigentlich war es gestern Abend in der Sitzung des Bad Laaspher Rates die Krönung eines unglaublichen Eiertanzes, der im Februar 2011 mit dem Einleitungsbeschluss begann und der gestern mit dem Beschluss endete, doch noch Konzentrationszonen für das Gebiet der Stadt Bad Laasphe auszuweisen. Mit 19 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und einer Enthaltung votierte der Rat dafür - und zwar nahezu politisch bunt gemischt durch alle Reihen.

Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung kam der Sprecher der Hesselbacher Initiative, Andreas Bergen, im Beisein von gut 30 Bürgern zu Wort: Ob allen Ratsmitgliedern, die hier sitzen, die Tragweite des Themas bekannt sei? Ob man wisse, um was es hier gehe, wollte der Hesselbacher wissen. Auch Bürger Christoph Weiß meldete sich zu Wort, sprach von Hesselbach als eines der letzten Feriendomizile. Die „Sonnenterrasse Bad Laasphe“ werde der Ort genannt. Und dann sehe er demnächst beim Verlassen seines Hauses auf dem Spreitzkopf und woanders Windräder. „Sie sollten die Feriendomizile in der Stadt würdigen und nicht alles zubauen“, fand Christoph Weiß. Mit ihrem Unmut und ihren Bedenken waren die Hesselbacher allerdings zu spät.

Wie heißt es: Der Drops ist erst einmal gelutscht. Bürgermeister Dr. Torsten Spillmann machte anhand einer kurzen Präsentation das Verfahren nochmals deutlich. Dabei wurde klar, dass an den Windparks der beiden Investoren Prinz Wittgenstein und Graf Kanitz kein Weg vorbei führt. Es handelt sich schließlich um so genannte privilegierte Verfahren, die vom Kreis Siegen-Wittgenstein aus betrieben werden. Dabei habe die Stadt Bad Laasphe freilich keine Steuerungsmöglichkeit mehr, so der Verwaltungschef. Dr. Torsten Spillmann ging auch auf seine überraschende Stellungnahme ein, die er



Die Stadt Bad Laasphe will die Zügel weiter in der Hand halten. Sie weist jetzt doch noch Konzentrationszonen für Windräder aus, nachdem die Verwaltung vorgeschlagen hatte, diese Ausweisung aus Kostengründen nicht vorzunehmen. Foto: privat

in der Sitzung des Bauausschusses abgegeben hatte (SZ berichtete). Mit Verwun-

derung habe er zur Kenntnis genommen, stellte CDU-Ratsmitglied Karl-Heinz Leh-

mann fest, dass der Bürgermeister gegen seine eigene Verwaltungsvorlage stimme und sich für die Errichtung von Vorrangzonen ausspreche. Dr. Torsten Spillmann begründete: Am 25. Oktober habe es bekanntlich eine Zusammenkunft mit den Fraktionsspitzen gegeben. Und da hätten die eindeutig geäußert, keine Zonen ausweisen zu wollen. Daraufhin habe die Verwaltung eine entsprechende Drucksache angefertigt. „Es hätte ja keinen Sinn gemacht, eine Gegendrucksache zu erstellen.“ Dass er nun für die Ausweisung sei, das sei seine eigene Meinung, fand der Bürgermeister.

Auch für diese Haltung gab es eine Begründung: Die Stadt hätte zwar die Kosten einer Flächennutzungsplanänderung von rund 280 000 Euro, aber der Rat könnte die zukünftigen Maßnahmen steuern. Ein Mindestabstand zur Wohnbebauung könne festgelegt werden, ebenso seien die weichen Kriterien wie Tourismus als Ausschlusskriterium anzuwenden. „Die Stadt wäre federführend bei dem Verfahren.“ In der anschließenden Diskussion war es einigen Ratsmitgliedern wichtig, ihre persönliche Haltung kundzutun: „Es kommt ein Wildwuchs auf uns zu“, befürchtete Karl-Heinz Lehmann die Auswirkungen einer Nichtausweisung von Windkraftflächen. „Es wird keinen Wildwuchs geben“, meinte dagegen Sozialdemokrat Günter Rothenpieler. „Wir können doch froh sein, dass wir zwei Investoren haben.“

Rothenpieler deutlich: „Ich werde einer Flächennutzungsplanänderung nicht zustimmen, weil mir das Geld dafür zu schade ist.“ CDU-Fraktionschef Günter Wagner schloss sich uneingeschränkt an: „Ich sage das Gleiche.“ Volker Gautsch (CDU) kämpfte an der anderen Front: „Wenn wir jetzt sagen, 280 000 Euro sind uns zu teuer und geben die Steuerung auf, dann geben wir uns sein Stück selber auf.“ Klaus Preis (FDP) monierte grundsätzlich,

dass die Kommunen bei der Umsetzung des Windkraftgesetzes die Dummen seien. „Wir sind das letzte Glied und müssen machen, was uns die Landesregierung vorgibt. Er selbst würde das Geld nicht ausgeben wollen. Friedrich-Wilhelm Becker (SPD) erläuterte, die jetzigen Vorhaben der Investoren seien von einer Flächennutzungsplanänderung nicht erfasst, weil sie privilegierte Vorhaben seien. Sprich: „Was jetzt in der Mache ist, kommt auf jeden Fall.“ Er glaube im Anschluss an diese Investitionen nicht an eine Versparung, zumal die Einspeisevergütungen Schritt für Schritt zurückgefahren würden. Das Geld solle man sich sparen.

CDU-Mann Jürgen Tang, zugleich Hesselbachs Ortsvorsteher, bat darum, die Vorrangzonen unbedingt einzuführen. „Unsere Kinder und Enkel werden uns dankbar sein.“ Die sechs Anlagen, die da seien, würden für die Stadt in zwei bis drei Jahren soviel einbringen, dass dies den Betrag von 280 000 Euro sicher ausmachen würde. „Wir haben jetzt bei uns sechs Windräder. Wenn noch zehn kommen, dann wird es eine Katastrophe“, malte Jürgen Tang schwarz.

Der Hesselbacher Walter Bohner und die Niederlaaspherin Waltraud Schäfer (SPD) benutzten die gleichen Worte: Man solle den Faden nicht aus der Hand geben und eben nicht alles dem Zufall überlassen. Matthias Mellmann (Grüne) erlaubte sich einen Seitenhieb auf die zögerliche Bearbeitung der ganzen Thematik seitens der Verwaltung. „Das privilegierte Verfahren beim Kreis muss transparenter werden.“ Darauf müsse man hinarbeiten. Eine Vorrangzone mache nur dann Sinn, wenn sie schnell durchgezogen wird. „Unverzüglich“, wie Mellmann mit Blick auf die Verwaltung nachschob. Jetzt weist die Stadt also doch noch Konzentrationszonen für Windkraftanlagen aus, wobei zwei Investoren ihre Vorhaben auf jeden Fall realisieren können.

